

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 68 (1976)

Heft: 7-8

Artikel: Labourregierung und englischer Gewerkschaftsbund im Kampf gegen die Inflation

Autor: Brügel, J.W.

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-354812>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Labourregierung und englischer Gewerkschaftsbund im Kampf gegen die Inflation

J.W.Brügel

Dem bedrohlichen Ausmass der Inflation, an der Grossbritannien leidet und litt, wurde im Vorjahr erfolgreich Zügel angelegt durch eine von der damaligen Regierung Wilson aufgenommene Initiative aus Gewerkschaftskreisen: Lohnerhöhungen zur Abgeltung von Preiserhöhungen wurden einheitlich mit 6 Pfund pro Woche nach oben begrenzt, ob es sich nun um einen Bankdirektor oder einen Hilfsarbeiter handelte, während Leute mit einem Jahreseinkommen von mehr als 8500 Pfund jede Aufbesserung versagt blieb. Das hat die Inflationsrate halbiert, wenn auch nicht dem Wertverfall des Pfundes Einhalt geboten. Es war ein Segen für die schlechtbesoldeten Kategorien der ungelernten Arbeiter, für die eine Zulage von 6 Pfund naturgemäss viel mehr bedeutet als für einen leitenden Beamten. Aber es fand bei Verbänden, die qualifizierte Arbeiter vertreten (etwa Lokomotivführer) und für diese an einem gewissen Vorsprung im Einkommen interessiert sind, naturgemäss wenig Gegenliebe. Immerhin ist der Regelung von 1975 vom vorjährigen Gewerkschaftskongress im September im Verhältnis 2 : 1 zugestimmt worden, und bei der Durchführung gab es kaum Schwierigkeiten.

Das starre Sechs-Pfund-Prinzip war nur für ein Jahr gedacht, aber eine neue Form des «Sozialkontrakts» zwischen Regierung und Gewerkschaften musste für die Zeit vom August 1976 an gefunden werden, sollte das Gewonnene nicht wieder zerrinnen. Der Schatzkanzler der Labourregierung Denis Healey überraschte die Öffentlichkeit mit einem ungewöhnlichen und ganz neuartigen Vorschlag: er sei, sagte er, zu Konzessionen auf dem Gebiet der Einkommenssteuer bereit, falls der Gewerkschaftsbund die Losung ausgibt, Einkommenserhöhungen sollten drei Prozent nicht überschreiten. Natürlich erhob sich in einem Teil der Presse gleich ein Geschrei darüber, dass die Gewerkschaften dem Land «diktieren». Es ging die Mär um, dass Regierung und Parlament eigentlich nichts zu sagen hätten, weil im «Gewerkschaftsstaat» der Wille der zehn Millionen gewerkschaftlich Organisierten den restlichen vierzig Millionen aufgezwungen werde. Die wahre Sachlage ist gerade umgekehrt. Keine Demokratie kann auf die Dauer ohne oder gar gegen die Gewerkschaften regieren, die die Interessen der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung vertreten, auch der bei ihnen nicht organisierten. Dadurch, dass Healey das selbstverständliche Gespräch mit den Gewerkschaften aus geheimen Konventikeln in das volle Licht der Öffentlichkeit trug, hat er den angeblichen

«Gewerkschaftsstaat» eher eingedämmt als erweitert. Auf jeden Fall hat seine Geste unterstrichen, dass sich die Gewerkschaften vielfach von Rücksichten auf die Allgemeinheit unter Vernachlässigung eigener Wünsche leiten lassen und leiten lassen müssen.

Natürlich wurde Healeys Initiative nicht sofort mit lauter Begeisterung aufgenommen, hatte aber im Endeffekt grossen Erfolg. Man einigte sich auf der etwas höheren Stufe von 4,5 Prozent und gab Lohn- und Gehaltserhöhungen einen gewissen Spielraum, so dass sie sich zwischen 3 und 4 ½ Pfund pro Woche bewegen können. (Bei der Umrechnung – ein Pfund ist heute weniger als 5 Franken – darf man nicht vergessen, dass das Preisniveau in England niedriger ist als in der Schweiz.) Zusammen mit den von Healey als Lockmittel angebotenen Steuerermässigungen kann das eine Erhöhung des Realeinkommens um 7–11 Prozent ergeben, und das, ohne dass dadurch ein Anreiz (oder angeblicher Zwang) zu Preiserhöhungen geschaffen würde. Wenn dieses für die Zeit bis August 1977 gedachte Vorgehen Erfolg hat, wäre ein sehr wesentlicher Schritt zur Verringerung der Inflation und Gesundung der Wirtschaft getan.

Die Sache wurde innerhalb der Gewerkschaften und im Gewerkschaftsbund gründlich durchberaten. Wie sehr sich, teilweise unter dem Eindruck des Erfolges des vorjährigen Sechs-Pfund-Programms, die Stimmung in der Gewerkschaftsbewegung geändert hat, geht aus der Haltung der zweitstärksten Gewerkschaft, der 1,4 Millionen Mitglieder starken «Amalgamated Union of Engineering Workers» hervor, die dem kontinentalen Begriff einer Industriegewerkschaft zeimlich nahekommt, da sie gelernte wie ungelernte Arbeiter aus Maschinenbaubetrieben organisiert. Im Vorjahr hat sie mit einer für das Denken der Gegner der Einkommenspolitik charakteristischen Begründung gegen die Begrenzung von Lohnerhöhungen gestimmt. Da hiess es:

«Wir sehen die schweren Auswirkungen des Sozialkontrakts als ein Eingreifen in freie kollektive Verhandlungen und bestätigen den früheren Widerstand des Verbandes gegen jede Einkommenspolitik, die die Aufgabe hat, Lohnregelungen im Wege eines Eingreifens von Aussen zu treffen. Nur wenn die wichtigsten Mittel von Produktion, Verteilung und Austausch in sozialen Händen sind, können Investitionen in der Produktion, Verteilung von Reichtum und wirtschaftliche Expansion geplant werden, wodurch die notwendigen Voraussetzungen für eine geplante Lohn- und Gehaltspolitik geschaffen würden.»

Dieser damals mit 39 gegen 29 Stimmen beschlossene Standpunkt des Verbandes wurde jetzt durch einen positiven Beschluss ersetzt. Einzelne Gewerkschaften, wie die Bergarbeiter, liessen sich die Zustimmung der Führung durch eine Urabstimmung ihrer Mitglieder bestätigen. Der Eisenbahnverband, in dessen Führung Stimmengleichheit herrschte, beschloss Abstinenz bei der Abstimmung auf

dem hiefür für den 16. Juni einberufenen eintägigen Sonderkongress des Gewerkschaftsbundes. Ähnlich gingen die Bau- und Holzarbeiter vor. Einige der Gewerkschaften, denen aus an sich begreiflichen Gründen die Erhaltung des «Abstandes» gegenüber dem Einkommen der Unqualifizierten am Herzen liegt (Lokomotivführer, Techniker in Elektrizitätswerken, technische Beamte), entschieden sich für Ablehnung des Vorschlags Healey. Aber dessen Annahme war jederzeit gesichert, da er neben den Stimmen der Metallarbeiter auch mit den 1,8 Millionen Stimmen des Transportarbeiterverbandes – des Anwalts der ungelernten Arbeiter – rechnen konnte. Nach einem einleitenden Referat des Generalsekretärs-Stellvertreter des Gewerkschaftsbundes Norman Willis – Generalsekretär Len Murray ist nach einer durch Überarbeitung hervorgerufenen Herzattacke noch nicht voll arbeitsfähig – und einer mehrstündigen Debatte, in der die gegensätzlichen Auffassungen vorgetragen wurden, kam es zur Abstimmung. Mit einer ungewöhnlich grossen Mehrheit wurde das in der Denkschrift «Der Sozialkontrakt 1976–1977» niedergelegte Programm, das sich auf Healeys Vorschlag aufbaut, genehmigt. Den 9,2 Millionen Ja-Stimmen standen nur 500 000 Nein-Stimmen (bei 800 000 Enthaltungen) gegenüber. Hier kommt freilich auch das englische System der Blockstimmen zur Geltung. Der Bergarbeiterverband stimmte zum Beispiel mit allen seinen Stimmen Ja, wiewohl sich bei der Urabstimmung 47 Prozent der Abstimmenden im umgekehrten Sinn ausgesprochen hatten. Das gilt natürlich auch umgekehrt: nicht alle Mitglieder des Lokomotivführerverbandes sind gegen den Vorschlag Healeys eingestellt, aber trotzdem wurde die ganze Stimmenzahl gegen ihn abgegeben.

In dem Votum des Sonderkongresses kommt vor allem das Vertrauen in die Regierung Callaghan und der Wunsch zum Ausdruck, dass sie im Amt verbleiben und ihr Programm der sozialen Reformen fortsetzen kann. Wenn die mit Steuernachlässen gekoppelte Lohnpolitik des Schatzkanzlers Healey in einem Jahr die erwarteten Erfolge zeigen wird, dürfte Grossbritannien wieder zum System der frei verhandelten Tarifverträge übergeben.